



Evangelische Verantwortung



Gemeinsam mehr bewegen!

Dr. Bernhard Felmberg *Seite 3*

Unser Lebensstil und die
Eine Welt

Tim Kuschnerus *Seite 6*

10
13

Menschenwürdige Sterbebegleitung aus evangelischer Perspektive
Leserforum | Aus unserer Arbeit

Liebe Leserin, lieber Leser,



Erst durch das „C“ ist der Unionsgedanke, ist das „U“, überhaupt möglich geworden. Erst das „C“ hat die tragfähige Basis und den Erfolg für die große, interkonfessionelle Volkspartei schaffen können, die wir heute sind.

Helmut Kohls und Angela Merkels. Wir sind die Partei der **Westbindung** und der **europäischen Idee**, der **Sozialen Marktwirtschaft**, der **Freiheit** und der **Wiedervereinigung**. Und: Wir sind vor allem auch die Partei, die sich bewusst vor 70 Jahren auf die **„kulturgestaltenden und sittlichen Werte des Christentums“** verpflichtet hat.

Und deshalb sage ich bei allen Diskussionen über den gegenwärtigen und auch zukünftigen Kurs der Union als Volkspartei deutlich: **Das „C“ ist und bleibt auch weiterhin die große versöhnende Klammer, der Kompass und die bleibende Grundlage der Union.** Denn es steht für Versöhnung und Freiheit in Bindung und Verantwortung, und es ist ein Mittel gegen jede politische Ideologie. Erst durch das „C“ ist der Unionsgedanke, ist das „U“, überhaupt möglich geworden. Erst das „C“ hat die tragfähige Basis und den Erfolg für die große, interkonfessionelle Volkspartei schaffen können, die wir heute sind. Erst das „C“ hat 1945 zum ersten Mal in der Parteiengeschichte dafür gesorgt, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerkschaftler und Wirtschaftsliberale, aber auch Konservative und Progressive

gerade haben wir gemeinsam die **Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU)** vor 70 Jahren gefeiert. Trotz aller krisengeschüttelten Zeiten voll neuer Herausforderungen sollten wir deshalb einmal kurz inne halten und uns wieder neu auf unsere Grundlagen besinnen. Was ist in diesen letzten 70 Jahren in Deutschland nicht alles durch die Christlich-Demokratische und die Christlich-Soziale Union (CSU) an Positivem und Gutem entstanden? Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass **die Union die erfolgreichste politische Kraft** in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist.

Machen wir uns also erneut bewusst: Wir sind die Partei **Konrad Adenauers,**

in beiden Schwesterparteien zum ersten Mal in der Geschichte gemeinsam engagieren. Was im gängigen Parteienspektrum auseinander driftet und sich ständig gegeneinander positioniert und ideologisch abgrenzt, kann in der Perspektive des „C“ zur Versöhnung gebracht werden. Das „C“ lässt uns aber auch demütig und realistisch bleiben: Als Christinnen und Christen in der Politik ringen wir gemeinsam um die besten Lösungswege – und dies immer auch im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Unvollkommenheit.

Würde und Bürde gehören bei der Selbstverpflichtung auf das „C“ im Parteinamen untrennbar zusammen. Das wissen wir. Dem stellen wir uns. Das „C“ ist entscheidender Wesenskern, identitätsbestimmender Faktor und Orientierungshilfe der Union. Diese Orientierungshilfe darf deshalb auf gar keinen Fall einfach mit dem Ziel selbst gleichgesetzt oder verwechselt werden. Die Wege zur Lösung der vielfältigen Probleme und Herausforderungen müssen wir uns schon selber bahnen. Und genau durch diesen Realitätssinn unterscheiden wir uns von allen politischen Utopisten. Das „C“ macht unsere Politik realistisch, vernünftig und werthaltig zugleich. Und ich finde: Das ist gut so!

Der EAK ist dabei die „wertemäßige Herzkammer“ der CDU/CSU oder – wie es unsere Parteivorsitzende, **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, auf unserer zurückliegenden **50. EAK-Bundesversammlung** so schön gewürdigt hat: **„Der EAK ist die Denkfabrik der Union“.**

Ich freue mich nun sehr – bestärkt durch das große Vertrauen, das mir erneut auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Juni zuteil geworden worden ist –, dass ich mich auch in Zukunft weiterhin mit ganzer Kraft und ganzem Herzen zusammen mit dem ebenfalls neu gewählten Bundesvorstand (s. Bericht „Aus unserer Arbeit“ S. 13f.) für den Evangelischen Arbeitskreis einsetzen darf. Also: Auf weiterhin gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!

Erholsame Sommertage wünscht Ihnen
Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

3 Gemeinsam mehr bewegen!

6 Unser Lebensstil und die Eine Welt

10 Menschenwürdige Sterbebegleitung aus evangelischer Perspektive

13 Evangelisches Leserforum | Aus unserer Arbeit



Gemeinsam mehr bewegen!

| Dr. Bernhard Felmberg

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist eine wichtige Brückenindustrie für Entwicklungs- und Schwellenländer. Sie bietet den Ländern die Chance, den Aufstieg von einer Agrar- zur Industriegesellschaft zu schaffen und ist somit ein Motor für die wirtschaftliche Entwicklung. Mehr als 60 Millionen Menschen arbeiten weltweit in der Textil- und Bekleidungsbranche.

Die einzelnen Fertigungsstufen der textilen Produktion sind jedoch auf verschiedene Länder der Welt verteilt. Dies führt zu komplexen Lieferantennetzwerken, die schwer zu kontrollieren sind. In vielen der Länder entsprechen die Produktions- und Arbeitsbedingungen nicht den international anerkannten Umwelt- und Sozialstandards, wie den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Es wird zum Teil unter

menschenunwürdigen Bedingungen produziert. Der unsachgemäße Einsatz giftiger Chemikalien, lange und unregelmäßige Arbeitszeiten, niedrige Löhne sowie mangelnder Arbeits- und Gesundheitsschutz sind keine Seltenheit. Der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza im April 2013 in Bangladesch, bei dem mehr als 1.100 Menschen starben, verdeutlicht zudem, dass auch unzureichender Gebäude- und Brandschutz Problemfelder sind. Dies gilt vor allem auf den letzten Produktionsstufen wie der Konfektionierung. Spätestens seit dieser Katastrophe war klar: Dieser Zustand muss verändert werden!

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt sich gezielt für die nachhaltige Entwicklung seiner Partnerländer ein. Die Einführung und

Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards in der textilen Lieferkette ist zentrales Thema für das BMZ, schon allein durch die Bedeutung der Branche für Entwicklungs- und Schwellenländer.

Bündnis für Nachhaltigkeit

Flächendeckende Verbesserungen innerhalb einer Branche sind jedoch nur möglich, wenn sich die verschiedenen Akteure der Branche zusammenschließen und entsprechende Maßnahmen umsetzen.

Daher wurde im vergangenen Oktober das Bündnis für nachhaltige Textilien auf Initiative von Bundesminister Dr. Gerd Müller aus der Taufe gehoben.

Mehr als 70 Vertreterinnen und Vertreter der Textilwirtschaft, der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft sowie

Der unsachgemäße Einsatz giftiger Chemikalien, lange und unregelmäßige Arbeitszeiten, niedrige Löhne sowie mangelnder Arbeits- und Gesundheitsschutz sind keine Seltenheit.



internationalen Nachhaltigkeitsinitiativen und Standardorganisationen entwickelten einen ambitionierten Aktionsplan. Die formulierten Ziele und Umsetzungsanforderungen orientieren sich dabei an bestehenden Standardsystemen und Initiativen.

Zunächst waren neben engagierten Nichtregierungsorganisationen und den Gewerkschaften vor allem die Marktführer für faire und ökologische Mode beigetreten. Die großen Handelsketten und Marken bezeichneten den Aktionsplan zu diesem Zeitpunkt als „noch nicht entscheidungsreif“. Aber das gemeinsame Bekenntnis zu den festgelegten Zielen des Textilbündnisses führte schließlich zu einer engen Kooperation mit der bis dahin zurückhaltenden breiten Wirtschaft.

Auf Basis einer engen Zusammenarbeit wurde der bestehende Aktionsplan konkretisiert, ohne die ambitionierten Ansprüche des Textilbündnisses

Bei den Herausforderungen in globalen Lieferketten kann kein Land Nachhaltigkeitsstandards allein durchsetzen.

zu senken. Ein neuer Bündnisgeist entstand. Die Mitglieder, von den Unternehmen bis zur Zivilgesellschaft, sind sich ihrer Eigenverantwortung bewusst und werden dementsprechend zur Umsetzung der Bündnis-Standards beitragen. Sie verpflichten sich auf den gemeinsamen und kontinuierlichen Prozess der Zielverfolgung mit dem Zweck der Zielerreichung. Zudem einigen sie sich auf ein glaubwürdiges Kontrollsystem (Review-Prozess) zur Überprüfung des Fortschritts aller Bündnismitglieder. Nicht alle Mitglieder des Textilbündnisses befinden sich auf der gleichen Stufe in der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards. Es wurde daher eine Art Mittelstandsklausel eingefügt, die anerkennt, dass nicht alle Bündnispartner die Bündnis-Standards auf dem gleichen Niveau zum gleichen Zeitpunkt umsetzen können. Dadurch ist der Aktionsplan flexibler und schafft Zugangsvoraussetzungen

zu senken. Ein neuer Bündnisgeist entstand. Die Mitglieder, von den Unternehmen bis zur Zivilgesellschaft, sind sich ihrer Eigenverantwortung bewusst und werden dementsprechend zur Umsetzung der Bündnis-Standards beitragen. Sie verpflichten sich auf den gemeinsamen und kontinuierlichen Prozess der Zielverfolgung mit dem Zweck der Zielerreichung. Zudem einigen sie sich auf ein glaubwürdiges Kontrollsystem (Review-Prozess) zur Überprüfung des Fortschritts aller Bündnismitglieder. Nicht alle Mitglieder des Textilbündnisses befinden sich auf der gleichen Stufe in der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards. Es wurde daher eine Art Mittelstandsklausel eingefügt, die anerkennt, dass nicht alle Bündnispartner die Bündnis-Standards auf dem gleichen Niveau zum gleichen Zeitpunkt umsetzen können. Dadurch ist der Aktionsplan flexibler und schafft Zugangsvoraussetzungen

auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

Daraufhin empfahlen die Spitzenverbände der Textilwirtschaft im April 2015 ihren Mitgliedsunternehmen den Beitritt zum Textilbündnis. Mit dem anschließenden Beitritt des Handelsverbands Deutschland (HDE), der Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels (AVE) sowie des Gesamtverbands der deutschen Textil- und Modeindustrie (textil+mode) und namhaften Unternehmen wie H&M, C&A, Tchibo, PUMA, Adidas, Lidl, Aldi u.a. ist dem Textilbündnis der Durchbruch gelungen. Die Bündelung der Marktmacht und somit die Einbindung von Unternehmen des Massenmarktes waren von Anfang an Ziele, um breitenwirksam Nachhaltigkeit in der textilen Lieferkette zu befördern.

Worten müssen Taten folgen

Mit mittlerweile mehr als 120 Mitgliedern ist die zentrale Voraussetzung geschaffen worden, um das Textilbündnis auch international zu positionieren und die konkrete Planung und Umsetzung von gemeinsamen Maßnahmen voranzutreiben. Aber die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. Denn an der Umsetzung seiner Ziele wird das Textilbündnis gemessen werden. Mit der Beitrittserklärung zum Textilbündnis haben sich die Mitglieder auf die Verfolgung der im Aktionsplan formulierten Ziele verpflichtet. Der Fokus liegt zunächst auf den drängendsten Herausforderungen der Branche wie einer verbesserten Transparenz der Lieferkette, dem sachgemäßen Gebrauch von Chemikalien und existenzsichernden Löhnen sowie der Vereinigungsfreiheit.

Die mit dem Aktionsplan verbundenen, konkreten Umsetzungsschritte und Zeitrahmen werden zurzeit erarbeitet. Zukünftig wird entscheidend sein, wie die einzelnen Mitglieder des Bündnisses die Maßnahmen transparent berichten und Fortschritte glaubwürdig nachweisen. Ein regelmäßiger Kontrollprozess durch einen unabhängigen Dritten soll den Fortschritt überprüfen. Die Ergebnisse werden anschließend in einem Fortschrittsberichts dokumentiert. Ferner haben sich die Mitglieder des Textilbündnisses ebenso darauf verständigt, dass das Kontrollsystem Sanktionen vorsieht, wenn Mitglieder die Ziele des Textilbündnisses nicht verfolgen. Damit soll verhindert werden, dass Trittbrettfahrer das Bündnis als Schutzraum missbrauchen.

Internationaler Zusammenschluss

Bei den Herausforderungen in globalen Lieferketten muss darauf hingewiesen werden, dass kein Land Nachhaltigkeits-



Die Fotos der Seiten 3, 4 und 5 zeigen Einblicke in eine Textilfabrik in Dhaka/Bangladesch.

standards allein durchsetzen kann. Aus diesem Grund war das Textilbündnis von Anfang an international ausgerichtet. Der Aktionsplan sieht den Anschluss an europäische und internationale Initiativen und Institutionen vor. So sollen über nationale Grenzen hinweg gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen der Textilwirtschaft geschaffen werden.

Für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist die Einhaltung von sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten auch eines der zentralen Anliegen der deutschen G7-Präsidentschaft im Entwicklungsjahr 2015 und hat die Unterstützung der anderen G7-Länder auf dem Gipfel in Elmau erfahren. Hier wurden konkrete Umsetzungsschritte für Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in globalen Lieferketten beschlossen. Menschenwürdige Arbeit und nachhaltige Produktionsbedingungen sollen weltweit zum Status Quo werden.

Die Staats- und Regierungschefs haben in Elmau gemeinsam vereinbart, dass Multi-Stakeholder-Initiativen wie das Textilbündnis auch in anderen G7-Ländern gefördert werden sollen. Diese Multi-Stakeholder-Initiativen sollen sich nicht auf den textilen Sektor

beschränken. Des Weiteren hat man die Unterstützung der Produktionsländer beschlossen. Die G7-Staaten werden koordiniert die Herstellerländer darin unterstützen, Sozial- und Umweltstandards in der Produktion einzuhalten. Dadurch können die produzierenden Entwicklungsländer auch eine bessere Einbindung in globale Wertschöpfungsketten erreichen. Die Vereinbarungen des G7-Gipfels werden langfristig die Bemühungen des BMZ stützen und in anderen Ländern neue Initiativen bezüglich Nachhaltigkeitsstandards befördern.

Damit Sie wissen, wer sich seiner Verantwortung stellt, finden Sie eine Liste mit den Mitgliedern des Bündnisses für nachhaltige Textilien unter folgendem Link auf der EAK-website unter Downloads:

http://www.eak-cducsu.de/contentssystem/upload/material/2_7_2015-11_34_07-Gemeinsam%20mehr%20bewegen.pdf



**Ministerialdirigent
Dr. Bernhard Felmberg**
ist Leiter der Unterabteilung 11 (Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft) im BMZ.

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Johanna Schulze, Steffen Schmalor,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eakcducusu.de

Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Dr. Bernhard Felmberg
Tim Kuschnerus

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation EV:

Agentur kollundkollegen, Berlin

Fotonachweis

Titelbild: © Christian Meißner
S. 3: © Johanna Schulze
S. 4: © Johanna Schulze
S. 5: © Johanna Schulze
S. 6: istockphoto © Rontech2000
S. 9: istockphoto © Rawpixel
S. 13: © Joachim Wolf, EAK/Johanna Schulze
S. 14: © EAK/Johanna Schulze, EAK/Johanna Schulze, Joachim Wolf
S. 15: © EAK/Johanna Schulze

Beilage

Diese Ausgabe beinhaltet eine Beilage von © Schönblick.

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100% chlorfrei



Unser Lebensstil und die Eine Welt

| Tim Kuschnerus

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 13. April 2015 in Berlin den Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ eröffnet. Die Bundesregierung will mit diesem Prozess „Maßstäbe für Lebensqualität in all ihren Facetten identifizieren, um sich künftig noch konkreter an dem zu orientieren, was Menschen in Deutschland wichtig ist.“ In ihrer Rede bei der Auftaktveranstaltung formuliert die Kanzlerin Fragen, die die Bürger bewegen: „Was kann ich als Einzelner tun, um die Umwelt zu erhalten? Was kann ich dazu beitragen, dass meine Kinder und Enkel noch gut leben können? Was kann ich tun, damit die Welt sicherer wird?“

Nachhaltigkeit ist in seiner ursprünglichen Bedeutung ein Prinzip aus der Forstwirtschaft, nach dem nicht mehr Bäume gefällt werden dürfen, als jeweils nachwachsen können.

Die Kanzlerin zitiert in ihrer Rede Ludwig Erhard: „Wohlstand sei eine Grundlage, aber kein Leitbild für die Lebensgestaltung.“ In der Tat: auf diese Fragen müssen wir Antworten finden: Was ist heute unser Leitbild? Was bedeutet „Gut leben in Deutschland“ angesichts der globalen Herausforderungen, vor denen unsere Eine Welt steht?

Die Kanzlerin erläutert weiter, dass das Bruttoinlandsprodukt mit Sicherheit nicht ausreicht, um unsere Lebensqualität zu beschreiben. Es brauche mehr Kennziffern und Indikatoren. Sie spricht schließlich die Arbeit der Enquete-Kommission an, deren Einsetzung der Deutsche Bundestag im Dezember 2010 beschlossen

hatte. Diese Kommission mit dem Namen „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ habe empfohlen, „solche Kennziffern zu finden und sie dann auszuwerten“. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung ihren Bürgerdialog initiiert. Diese Initiative ist sehr zu begrüßen.

Diskurs seit über 40 Jahren

Die Debatte über den „guten“ persönlichen Lebensstil und über alternative Wachstums- und Wohlstandsmodelle ist nicht neu und hat ihren Ausgangspunkt Anfang der 70er Jahre. 1972 veröffentlichte Dennis Meadows im Verbund mit dem Club of Rome das Buch „Die

Grenzen des Wachstums“. Seine Kernaussage war, dass die Menschheit Raubbau an den Ressourcen der Erde betreibt und bei einer Beibehaltung dieses Weges ihre Lebensgrundlagen zerstören würde. Anlässlich des Jom-Kippur-Kriegs im Oktober 1973 drosselte die Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) ihre Fördermenge, um westliche Industriestaaten hinsichtlich ihrer Unterstützung für Israel unter Druck zu setzen. In der Folge setzte ein Nachdenken über alternative Energiequellen und auch über energiesparendes Verhalten ein.

1975 hatte der Ökumenische Rat der Kirchen auf seiner Vollversammlung in Nairobi das Leitbild einer „sustainable society“, also einer (über)lebensfähigen Gesellschaft entwickelt und in diesem Zusammenhang bereits damals gefordert: „Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben“.¹

Mit der „Aktion einfacher leben, einfach überleben, Leben entdecken“ hatte das Hilfswerk Brot für die Welt 1977 einen ersten Diskussionsbeitrag aus dem Bereich der evangelischen Kirchen veröffentlicht. Fragen des individuellen Lebensstils und Konsumverhaltens wurden angesichts ökologischer Krisenerscheinungen und weltweiten Hungers thematisiert.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen hatte 1987 die Brundtland-Kommission, benannt nach der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, die ökologische Frage mit der Entwicklungsfrage verbunden und den Begriff der Nachhaltigkeit in diesem Kontext neu entdeckt und geprägt. Nachhaltige Entwicklung ist demzufolge ein Prozess, der die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält.

Der Begriff der Nachhaltigkeit hat kirchliche Wurzeln

Nachhaltigkeit ist in seiner ursprünglichen Bedeutung ein Prinzip aus der Forstwirtschaft, nach dem nicht mehr Bäume gefällt werden dürfen, als jeweils nachwachsen können. Die erstmalige entsprechende Verwendung des Begriffs ist 1713 bei Hans Carl von Carlowitz in seinem Werk „Silvicultura oeconomica“ nachgewiesen. Das Prinzip der nachhaltigen Waldwirtschaft ist jedoch schon viel früher belegt. Es findet sich in einem alten kirchlichen Dokument der Benediktiner Eremiten von Camaldoli aus dem Jahre 1350. Die Benediktiner bewirtschafteten

ihre Tannenwälder rund um ihr Kloster in der nördlichen Toskana ohne Kahlschläge, mit Einzelstammentnahmen und Nachpflanzungen. Das Kloster gilt mit seinen Kriterien für nachhaltige Forstwirtschaft daher als Keimzelle und Wurzel des Begriffs der Nachhaltigkeit.

1992 setzten die Vereinten Nationen mit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung ein weiteres deutliches Signal für die Zusammengehörigkeit des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der weltweiten Überwindung von Hunger und Armut. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung war damit umfassend etabliert und prägt die Entwicklungsdebatte bis heute. Die Vorstellungen, was nachhaltige Entwicklung genau bedeutet, gehen jedoch weit auseinander und bleiben oft vage. Vor allem die Annahme, dass nachhaltige Entwicklung weiterhin mit ungebremstem Wirtschaftswachstum möglich ist, bleibt allzu häufig noch unbestritten.

Heute sind die Grenzen des Wachstums nicht nur erreicht, sondern überschritten

40 Jahre nach dem Erscheinen seines ersten großen Berichts veröffentlicht der Club of Rome im Mai 2012 den Bericht „2052: Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre“. Die Wissenschaftler zeichnen ein düsteres Bild. Der Zukunftsforscher Jørgen Randers warnte bei der Präsentation des Berichts²: „Die Menschheit hat die Ressourcen der Erde ausgereizt und wir werden in einigen Fällen schon vor 2052 einen örtlichen Kollaps erleben.“ Die Menschheit stoße inzwischen zweimal so viel Treibhausgas aus, wie Wälder und Meere absorbieren könnten, so der Club of Rome.

Die Regierungschefs der westlichen Industriestaaten haben schon seit langem die Gefahren des Klimawandels erkannt und ihre Entschlossenheit zum Handeln immer wieder bekräftigt. Auch in der Abschlusserklärung des G7-Gipfels vom Juni 2015 in Elmau wird betont: „Wie aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss über Klimaveränderung) hervorgeht, besteht dringender und konkreter Handlungsbedarf, um den Klimawandel zu bekämpfen.“ Tiefe Einschnitte bei den weltweiten Treibhausgasemissionen seien erforderlich. Trotz zahlreicher Appelle, Beteuerungen und Resolutionen auf internationaler Ebene: bis heute ist es nicht gelungen, wirkungsvoll zu handeln und erkennbare Fortschritte zu erreichen. Dabei ist entschlossenes Handeln nötiger denn je.

Unbestritten ist inzwischen der Nexus von Klimawandel, Armut und Migration. Vor allem arme Bevölkerungsschichten sind angesichts steigender Meeresspiegel und der Zunahme von tropischen Stürmen und extremen Wetterlagen sehr verletzlich und den Auswirkungen oft schutzlos ausgesetzt. Der von Menschen verursachte Klimawandel gilt als Ursache dafür, dass sich Vegetationszonen verschieben und extreme Wetterlagen wie Wirbelstürme und Überschwemmungen häufen. Diese gefährden die Wasser- und Nahrungsmittelversorgung und die Sicherung von Wohnraum von Menschen in vielen Teilen der Erde. Traditionell fruchtbare Regionen versteppen oder werden durch Überschwemmungen zerstört und zwingen sesshafte Kleinbauern oder auch Hirtenvölker, ihre angestammten Anbauflächen und Weidegründe zu verlassen. Durch Klimaveränderung bedingte Migration findet größtenteils innerhalb vorhandener Staatsgrenzen statt. Sie hat aber nicht nur den Verlust der Lebensgrundlage der Menschen und das Wachsen der Slums in den Metropolen zur Folge, sondern ist auch für die Zunahme innerstaatlicher gewaltsamer Konflikte mitverantwortlich.

Ein „Weiter so“ ist keine Option

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, mahnte kurz vor dem G7-Gipfel in Elmau eindringlich, dass wir an einem Scheideweg stehen: „Noch immer muss eine Milliarde Menschen die absolute Armut überwinden können... Gleichzeitig wissen wir, dass wir schon heute drei Planeten bräuchten, wenn alle Menschen auf der Welt unseren Lebensstil beanspruchen würden... Woher sollen die Ressourcen kommen für ein würdiges Leben für alle? Wie kann verhindert werden, dass die einen auf Kosten der anderen leben?... Unser bisheriges Wachstumsmodell werden wir hinterfragen und nachhaltig weiterentwickeln müssen. Wir müssen aktiv umsteuern – Regierungen, die Privatwirtschaft, jede und jeder Einzelne von uns. Wir brauchen ein komplett neues Denken, das uns in eine gute Zukunft führen kann: eine Art Weltzukunftsvertrag.“³ Ein von der Bundesregierung eingesetztes Expertengremium, der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) spricht bereits im Jahr 2011 von der Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrags für eine Große Transformation.

Ein derartiger „Weltzukunftsvertrag“ könnte im September 2015 in New York von den Vereinten Nationen mit der Verabschiedung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development

Goals, SDGs) geschlossen werden. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen wird über 17 universelle Ziele und 169 Unterziele, die für alle Staaten gelten, nicht nur für die Entwicklungsländer, beraten und diese hoffentlich verabschieden, ohne sie zu verwässern oder abzuschwächen. Mit den Zielen sollen Indikatoren und nationale Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen verbunden werden. Ambitionierte und verbindliche SDGs haben vielleicht wirklich das Potenzial, einen weltweiten Paradigmenwechsel herbeizuführen und ein „Weiter so, wie bisher“ zu überwinden. Damit dies gelingt, müssen jedoch alle Beteiligten, die Regierungen, die Privatwirtschaft, die Zivilgesellschaft und jeder einzelne Mensch dazu beitragen.

Am 18. Juni 2015 veröffentlichte Papst Franziskus die Enzyklika „Laudato si“, die leidenschaftlich dafür plädiert, verantwortlich mit Gottes Schöpfung umzugehen. Weltweite ökologische und soziale Probleme dürften auf keinen Fall getrennt werden. Der Papst spricht von einer „ökologischen Schuld – besonders zwischen dem Norden und dem Süden“ und verlangt einen Kurswechsel: „Es ist notwendig, dass die entwickelten Länder zur Lösung dieser Schuld beitragen, indem sie den Konsum nicht erneuerbarer Energie in bedeutendem Maß einschränken und Hilfsmittel in die am meisten bedürftigen Länder bringen, um politische Konzepte und Programme für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.“⁴

Wir brauchen ein neues Verständnis von Wachstum, Wohlstand und Entwicklung

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung wird Ende August 2015 eine Studie über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung veröffentlichen. Mit dem Text will die Evangelische Kirche in Deutschland einen Beitrag zu eben dieser Debatte über unsere Wachstums- und Wohlstandsmodelle leisten. Im Zentrum steht dabei die Forderung einer Neuorientierung der internationalen Zusammenarbeit für eine umfassende sozial-ökologische Transformation. Internationale Kooperation müsse an die Stelle der einstigen „Entwicklungshilfe“ treten. Globale Strukturpolitik müsse die Rahmenbedingungen für weltweite menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung vorantreiben. Ebenso wichtig sei jedoch auch ein Kurswechsel in Deutschland. Ein breiter Diskurs über das Verständnis von Wachstum, Wohlfahrt und Gutes Leben müsse geführt und das vorhandene ressourcenintensive

Wachstumsmodell der Industriestaaten müsse überwunden werden.

Die Deutsche Gesellschaft des Club of Rome hat im Kontext der Veröffentlichung des obengenannten Berichts „2052“ unter der Überschrift „Wachstum? Ja bitte – aber 2.0!“ sieben Thesen zur Wachstumsdiskussion vorgestellt.⁵ Den Industrienationen wird dabei eine besondere Verantwortung bei der Erreichung des Ziels zugesprochen, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Gleichzeitig wird betont, dass in den Entwicklungsländern weiteres materielles Wachstum unabdingbar sei, um existentielle Lebensgrundlagen herzustellen. Außerdem werden Marktmechanismen als wichtigster Hebel bezeichnet, sofern die Rahmenbedingungen richtig gesetzt seien. Die Finanzkrise habe gezeigt, dass der Markt sich nicht selbst reguliere und kluge und entschiedene politische Weichenstellungen brauche. Ohne Frage, keinem Land kann Wachstum vorenthalten werden, erst recht wenn es gilt, grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Wachstum wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber es brauche Regeln, so der Club of Rome.

Deutlich radikalere Schritte fordert Papst Franziskus in der Enzyklika „Laudato Si“: Er rief dazu auf, das Wachstum zu verlangsamen. „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“⁶ Der Papst knüpft damit an eine wissenschaftliche und politische Debatte an, die in diesem Zusammenhang die Begriffe Wachstumsrücknahme, Postwachstum, degrowth (engl.) oder décroissance (franz.) verwendet.

Über Wachstumsalternativen und auch über punktuelle Wachstumsrücknahme müssen wir nachdenken, auch wenn dies eine unbequeme Erkenntnis ist. Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat bereits im Jahr 2008 in seiner Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“⁷ die Chancen der „ökologischen Modernisierung“ betont, die „im Schrumpfen von Risikomärkten und im selektiven Wachstum von nachhaltigen Zukunftsmärkten“ lägen. „Denn wachsen kann und soll alles, was zugleich der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität dient.“

Und schließlich: es sollte sogar die Frage gestellt werden, ob eine wirksame

Bekämpfung von Armut, Hunger und Klimawandel in einer Welt, die ihre planetarischen Grenzen längst erreicht und überschritten hat, noch ohne Formen von Reichtumsbeschränkung möglich ist.

Die Weltgemeinschaft muss rasch handeln. Zweifellos brauchen wir nationale und internationale Rahmensetzungen, um den Klimawandel sowie Armut und Hunger in der Welt nachhaltig zu bekämpfen. Wir brauchen ehrgeizige und verbindliche nachhaltige Entwicklungsziele und schauen dazu im September 2015 in Richtung New York. Wir brauchen ebenso ein weltweit verbindliches und ehrgeiziges Klimaregime. Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen muss deshalb im Dezember 2015 in Paris zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Nur dann können unsere CO2 Emissionen deutlich gemindert und die von den Folgen des Klimawandels besonders Betroffenen unterstützt werden.

Gutes Leben für alle hat Konsequenzen für jeden Einzelnen von uns

Es wird aber nicht reichen, dies allein von Regierungen oder Wirtschaftsakteuren zu fordern. Letztlich brauchen wir einen umfassenden Kulturwandel für ein „Gutes Leben in der Einen Welt“. Bundesminister Gerd Müller betont in der bereits zitierten Ausgabe der „BMZeit“, dass „alles politische und persönliche Handeln sich an dem großen gesellschaftlichen Ziel orientieren müsse, ein gutes Leben für alle Menschen und für die zukünftigen Generationen möglich zu machen und nachhaltig zu sichern.“⁸

Wir wissen heute sehr viel über die Gefährdung der Umwelt und über ungerechte Wirtschaftsbeziehungen. Auf unser Handeln hat dieses Wissen nur wenig Einfluss. Wir kaufen viele abgepackte und verarbeitete Fertigprodukte und tragen damit nicht nur zum Wachstum unserer Müllberge bei. Wir Deutschen essen viel Fleisch und viele Milchprodukte. Wir wissen aber auch, dass die intensive und vergleichsweise billige tierische Produktion in Deutschland nur aufgrund der massiven Importe von Sojashrot und Sojakuchen aus Nord- und Südamerika als Kraftfutter möglich ist. Wir wissen, dass unser Mobilitätsverhalten, wenn wir viel mit dem Auto fahren oder zum Urlaub in die Ferne fliegen, zum Klimawandel beiträgt. Aber wir buchen dennoch gerne den Billigflieger. Zwischen unserem Wissen und der Bereitschaft zur Verhaltensänderung liegt ein tiefer Graben. Wie kann dieser Graben überwunden werden? Welche Brücken können wir bauen, um diese Kluft zu überwinden?

Sicher braucht es zum einen Regeln, Gesetze und umweltpolitische

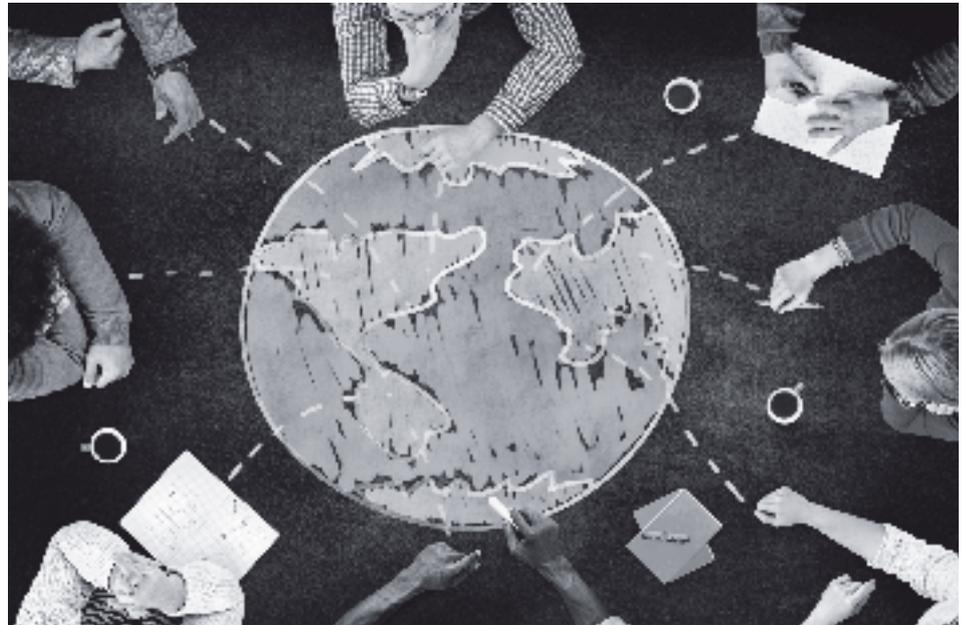
Rahmenbedingungen. Nur wenn sich – letztlich weltweit – Energie verteuert, wachsen die Anreize um Energie zu sparen oder neuen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen, um nur ein Beispiel zu nennen. Gesetze und Regeln, selbst wenn ihre Einhaltung wirksam kontrolliert wird, reichen auf lange Sicht jedoch nicht aus, um Verhaltensweisen und Konsummuster nachhaltig zu verändern. Ein Kulturwandel muss auch von unten kommen. Wir alle müssen lernen, anders zu leben im Kontext der Einen Welt.

Ein erhobener Zeigefinger ist hier ebenfalls nur bedingt hilfreich. Für einen Kulturwandel brauchen wir positive Leitbilder für einen nachhaltigen Lebensstil. Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung hat in ihrer im April 2015 veröffentlichten Studie „Unser tägliches Brot gib uns heute. Neue Weichenstellungen für Agrarentwicklung und Welternährung“ zur Beschreibung des nachhaltigen Konsums die Schlagworte „weniger – anders – besser“ aufgegriffen⁹. „Weniger“ beginnt demnach bereits mit der Planung des eigenen Bedarfs und des Einkaufs, damit so wenig wie möglich im Müll landet. „Weniger“ bedeutet auch weniger Verpackung. „Anders“

bedeutet auch Nachhaltigkeitsaspekte beim Kauf zu berücksichtigen, verstärkt regionale und saisonale Produkte zu kaufen und nicht zuletzt auch Produkte aus dem fairen Handel. „Besser“ bedeutet unter anderem ein Mehr an Genuss und Gesundheit, indem ich auf die Qualität der Produkte achte, die regionale Küche oder Großmutter's alte Rezepte wiederentdecke.

Wir brauchen also ein anderes Konsum- und Ernährungsverhalten. Jeder von uns kann mit kleinen Schritten anfangen ohne gleich Vegetarier oder Veganer zu werden. Bewusster einkaufen, sich Zeit nehmen für die Zubereitung von Mahlzeiten, bewusster essen, das ist ein erster Schritt. Und eins ist sicher: Die Lebensqualität steigt mit der Achtsamkeit bei der Nahrungsaufnahme.

Natürlich ist es hilfreich, wenn veränderte Rahmenbedingungen diesen Kulturwandel erleichtern. Wenn beispielsweise nachhaltiger Konsum durch steuerliche Maßnahmen erleichtert wird. Oder wenn ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und ein entsprechendes Netz von Fahrradwegen den Verzicht aufs Auto erleichtern. Hilfreich ist die Initiative von Bundesminister Müller, ein Textilbündnis einzurichten und dessen Ausweitung über Deutschland hinaus zu betreiben. (vgl. den Artikel auf S. 3ff). Dem Käufer wird es damit leichter gemacht, bei der Wahl seiner Kleidung zu fairen Löhnen



und sicheren Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter beizutragen. Eine gestiegene Nachfrage nach nachhaltigen und fair produzierten Konsumgütern wird außerdem eine stetige Verbreiterung des fairen und nachhaltigen Angebots zu Folge haben.

Letztlich brauchen wir einen umfassenden Kulturwandel für ein „Gutes Leben in der Einen Welt“.

Der eingangs genannte Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“ ist ein wichtiger und hilfreicher Impuls. Der Dialog sollte aber noch viel stärker in den Kontext der Fragen einer nachhaltigen globalen Zukunftssicherung gestellt werden. Diesem Impuls müssen weitere folgen. Einen Politik- und einen Kulturwandel gibt es nicht von heute auf morgen. Menschliches Verhalten verändert sich nur langsam. Aber wir können die Richtung ändern und uns auf den Weg machen. Jede und jeder kann das.

Der „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ beschreibt seit Mitte der 80er Jahre den Rahmen für eine Suchbewegung der christlichen Kirchen mit eben diesem Ziel: für eine Welt einzutreten, die von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung geprägt ist. Ohne Frage, religiöse Überzeugungen bergen großes Mobilisierungspotenzial. Kirchen und Gemeinden können ein Ort sein, um Alternativen zu erproben und umzusetzen. Brot für die Welt hat für Kirchengemeinden auf der Website www.zu-wi.de zahlreiche Angebote und Vorschläge für zukunftsfähiges Wirtschaften (zu-wi) aufbereitet.

Wir stehen vor der Aufgabe, uns für den Wandel zu einer besseren Welt einzusetzen. Es ist eine Suchbewegung, für die wir uns öffnen können und die uns Antwort geben kann auf die Frage, was für mich, was für jeden Einzelnen Gutes Leben in Deutschland heute und in der

Einen Welt ausmacht. Und der christliche Glaube kann uns dabei helfen und wertegebundene Orientierung sowie geistliche Kraft verleihen.

Die Klimadenkschrift des Rates der EKD mit dem Titel „Umkehr zum Leben“ bringt unser Thema bereits im Jahr 2009 auf den Punkt: „Letztlich geht es um eine neue politische und wirtschaftliche Prioritätensetzung in Zivilgesellschaft und Politik, d.h. eine Verständigung darüber, in welchem Verhältnis z.B. kurzfristige Gewinninteressen von bestimmten Wirtschaftsakteuren und die langfristigen Überlebensinteressen von Gemeinschaften in der Einen Welt stehen. Es geht letztlich um die Frage, wie wir leben wollen und wie alle Menschen in Einklang mit dem, was sie selbst schätzen, leben können. Das ist eine gewaltige Aufgabe, die gleichermaßen große Weichenstellungen und kleine Schritte jedes Einzelnen verlangen.“¹⁰

- 1 Zitiert nach: Konrad Raiser: *Ökumenische Impulse zur Diskussion über Wachstum*, in: *Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (Hg): Darf's ein bisschen mehr sein? Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung*, Stuttgart/Bonn 2011, S.30.
- 2 Spiegel online, 08. Mai 2012
- 3 BMZeit, Ausgabe 3/2015, S. 3
- 4 Laudato Si, Ziffer 51 und 525
- 5 http://issuu.com/dt.-gesellschaft-club-of-rome/docs/7_wachstumsthesen?e=5250251/2617319
- 6 Laudato Si, Ziffer 193
- 7 Herausgegeben von Brot für die Welt, BUND und EED, S. 113
- 8 BMZeit, Ausgabe 3/2015, S. 3
- 9 Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, Hannover, April 2015, S. 155ff.
- 10 Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2009. S. 144f.



Tim Kuschnerus

ist evangelischer Geschäftsführer der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) und Mitarbeiter von Brot für die Welt.

Menschenwürdige Sterbebegleitung aus evangelischer Perspektive

Resolution des Bundesvorstandes zur 50. Bundestagung

„**E**in jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde: geboren werden hat seine Zeit, sterben hat seine Zeit“, heißt es beim Prediger Salomo (Koh 3,1). Unabhängig von persönlicher Glaubenshoffnung oder weltanschaulicher Überzeugung drückt sich in diesem bekannten biblischen Votum eine existentielle Grundwahrheit und Grunderfahrung aus: Wir alle müssen irgendwann sterben und unser Leben ist an entscheidenden Punkten, am Augenfälligsten an seinem Anfang und an seinem Ende, unserer eigenen Verfügbarkeit und Planbarkeit entzogen. Als Menschen wissen wir, dass wir den Grund unseres Lebens nicht selbst in uns tragen und ebenso wenig auch die durchgängige Kontrolle oder letzte Verfügungsmacht darüber besitzen.

Das ist für alle Menschen ein lebenslanger quälender Stachel und bleibt eine Quelle existentieller Unruhe. Christen können dabei auf die Hoffnungsperspektive des Glaubens vertrauen und sich mit den Worten des Apostel Paulus trösten: „Leben wir, so leben wir dem Herrn; sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Darum wir leben oder sterben, wir gehören zum Herrn!“ (Röm. 14,8). Ob wir nun also eine für uns sinnvolle Trostperspektive angesichts der bitteren Realität unserer menschlichen Endlichkeit und der damit oft verbundenen Abschieds- und Leiderfahrungen in unserem Leben finden oder nicht: Der Gedanke an Vergänglichkeit, Tod und Sterben lässt sich nicht auf Dauer verdrängen, er gehört zum Leben und darum gehören Sterben und Tod in die Mitte der Gesellschaft als Aufgabe der Gesellschaft, damit wir nicht immer wieder verunsichert, erschüttert und geängstigt werden.

Sorgen und Ängste ernstnehmen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die sogenannte Sterbehilfe ist es darum politisch besonders wichtig, die diesbezüglichen Sorgen und Ängste

vieler Menschen in den Blick zu nehmen. Hauptsächlich sind dies Sorgen und Ängste, die entweder aufgrund des unaufhaltsamen Alterungsprozesses selbst entstehen, etwa durch das natürliche oder krankheitsbedingte Nachlassen geistiger und körperlicher Möglichkeiten, oder aber durch die verunsichernden Ungewissheiten über das eigene Sterbeschicksal: „Werde ich behütet und im Kreise meiner Lieben Abschied nehmen können? Werde ich noch bei Bewusstsein sein oder einfach nur dahin dämmern? Werden mir Menschen hilfreich und fürsorglich zur Seite stehen und meine leiblichen und seelischen Bedürfnisse befriedigt werden oder werde ich ganz allein mir selbst überlassen sein? Werde ich Schmerzen zu

ertragen haben oder die beste palliativmedizinische Versorgung bekommen? Wird mein Leben im finalen Stadium womöglich an Apparaten und Schläuchen unnötig, sinnlos und gegen meinen Willen verlängert werden? Wird man respektvoll mit meinen letzten Wünschen und Vorausverfügungen umgehen, auch wenn ich nicht mehr in der Lage sein sollte, mich selbst artikulieren zu können? Werde ich anderen zur Last fallen?“ – All diese Fragen sind ernst zu nehmen, wenn wir politisch darüber zu entscheiden haben, wie wir Menschenwürde am Ende des Lebens in verantwortlicher und gewissenhafter Weise schützen und gewährleisten wollen.

Jedes menschliche Leben – zumal aus christlicher Sicht – ist als verdankt, unverfügbar und einzigartig zu betrachten. Folglich ist auch jedes Sterbeschicksal einmalig und unverwechselbar. Gerade dies führt zu der Erkenntnis, dass sich das individuelle Sterben, die damit verbundenen ethischen Herausforderungen und in ganz besonderer Weise natürlich auch die existentiellen Grenzfälle in gesetzgeberischer Hinsicht nur sehr bedingt und allenfalls allgemein normieren und regulieren lassen. Und wenn es darum geht, stets die individuelle ethische Perspektive eines jeden Einzelschicksals hinreichend zu

berücksichtigen, so darf dies mit Blick auf die immer mit zu denkende sozialetische und politische Verantwortungsdimension keineswegs individualistisch missverstanden werden. Das in den jüngsten Debatten immer wieder begegnende Bild vom Menschen als eines in erster Linie autonom und ganz auf sich selbst gestellten Wesens muss deshalb schon rein empirisch als einseitig und irreführend abgewiesen werden.

Grundannahmen des autonom-individualistischen Konzeptes von Menschenwürde

Ein ganz grundlegendes Problem von politischen Forderungen, die sich unmittelbar von einem autonom-individualistischen Konzept von Menschenwürde herleiten, wird dabei oft übersehen: Am Lebensende und im Sterbeprozess selbst, also gerade in derjenigen existentiellen Grundsituation, in der in denkbar deutlichster Weise die Selbstverfügungskräfte über das eigene Leben dramatisch schwinden und versagen, und in der es stattdessen zwingend und notwendigerweise auf die hinreichende Fürsorge, Pflege und Hilfestellung von Dritten ankommt, kann eben nicht mehr überzeugend und schlüssig vom Standpunkt der reinen Autonomie aus argumentiert werden.

Außerdem wird hier der oft trügerische Eindruck erweckt, als könne man von Seiten des Patienten stets und problemlos von einem völlig freien, eindeutig identifizierbaren, konsistenten und geradezu ungeschmälernten Selbstbestimmungswillen ausgehen. Nicht bedacht wird dabei, dass in sehr vielen solcher Fälle die crux gerade darin besteht, dass die betroffenen Schwerstkranken selbst ihre bedrängende Situation in vielfältigster Weise als wechselvoll empfinden, hin- und hergerissen sind zwischen Hoffnung und Verzweiflung und – je nach Krankheits- bzw. Therapieverlauf oder Diagnoseergebnis – z.T. heftigen Stimmungsschwanken unterliegen. Hinzu kommt, dass auch die Möglichkeiten von Selbstbestimmungsbekundungen (sieht man einmal vom Spezialfall einer gültig vorliegenden

Patientenverfügungen ab) de facto nicht selten beträchtlich geschmälert, überhaupt nicht mehr einholbar oder nicht in ausreichendem Maße rekonstruierbar sind, so dass die vermeintlich eindeutigen Handlungsorientierungen gerade fehlen.

Die Autonomie des Patienten, die es also eigentlich zu stärken und zu schützen gilt, ist niemals eine aus dem Kontext sozialer, medizinisch-therapeutischer, seelsorgerlicher und fürsorglicher Hilfe herauslösbare, gleichsam abstrakte oder freischwebende Selbstbestimmung. Deshalb ist es angemessen, so wie es die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) immer wieder getan hat, hier nicht in ideologischer Weise

Das individuelle Sterben, die damit verbundenen ethischen Herausforderungen und in ganz besonderer Weise die existentiellen Grenzfälle lassen sich in gesetzgeberischer Hinsicht nur sehr bedingt normieren.

eine falsche und einseitige Alternative aufzubauen (z.B. „Patientenautonomie“ versus „Paternalismus“), sondern stattdessen – auf der Grundlage eines solidarisches, an Grundwerten orientierten und eben dezidiert beziehungsgerichteten Menschenwürde- und Freiheitskonzeptes – das Wechselverhältnis von „Autonomie und Angewiesenheit“ als die eigentliche Herausforderung für die ethischen Probleme am Ende des Lebens zu begreifen. Die menschliche Autonomie darf nicht mit Beliebigkeit und/oder Bindungslosigkeit gleichgesetzt werden. Selbstbestimmung des Menschen ist immer selbstgestaltetes und selbstverantwortliches Leben inmitten der Beziehung zu anderen Menschen, in denen der Mensch als Person erkannt wird. Selbstbestimmung hat daher immer auch mit Rücksichtnahme auf andere Menschen, also mit Selbstbeschränkung zu tun. Selbstbestimmung ist eben nicht autoritäre Alleinbestimmung.

Gegen Beihilfe zum Suizid und Tötung auf Verlangen

Vertreter des eben beschriebenen autonom-individualistischen Freiheitsverständnisses bieten mit ihrer politischen Forderung nach assistiertem Suizid oder sogar Tötung auf Verlangen zunächst eine scheinbar überzeugende und eindeutige Lösung für vermeintlich unauflösbare Leidenskonflikte an. Diese Forderung ist aber bei genauerer Betrachtung – wie eben beschrieben – nicht nur Ausfluss eines defizitären und letztlich trostlosen Menschenbildes und im Widerspruch zur bisherigen Werteordnung unseres Grundgesetzes, sondern sie hat überdies auch mit der normalen, vorfindlichen Wirklichkeit des klinischen und seelsorgerlichen Alltags sowie den tatsächlichen, oftmals sehr konkreten Bedürfnissen, Ängsten und Wünschen der allermeisten Betroffenen nur wenig bis gar nichts zu tun.

Nichtsdestotrotz wird hier mit viel Populismus mit den Ängsten innerhalb einer alternden Gesellschaft gespielt und glauben gemacht, als müssten nur noch ein paar Gesetze geändert werden, um Menschen endlich ohne Leid, Schmerzen oder Angst auch sterben lassen zu können. Durch gezielte, jedoch unzulässige Verallgemeinerungen oder durch Bezugnahme auf wenige, besonders plakative, emotional aufwühlende und ethisch äußerst umstrittene Sonder- und Grenzfälle wird

so ein Schreckensgemälde aus Übertherapie, Apparatediagnostik, intensivstationärer Behandlung und unerträglichem Leiden und Schmerzen gezeichnet. Bereits dieses Schüren von Ängsten ist unverantwortlich, denn hier wird in völlig unangemessener Weise vom Besonderen aufs Allgemeine geschlossen, diffuse Gefühle der Bürgerinnen und Bürger instrumentalisiert, und – noch schlimmer – werden hilfreiche, gangbare und bewährte Behandlungswege, die eine Alternative zur vorzeitigen Herbeiführung des eigenen Todes durch eigene oder fremde Hand darstellten, ausgeblendet und verschwiegen.

Aus dem medizinisch-therapeutischen Alltag gibt es aber allein schon eine Unzahl hinreichender Beispiele dafür, dass der Einsatz der inzwischen weit fortgeschrittenen Palliativmedizin in vielen Fällen Menschen davor bewahrt hat, sich das Leben zu nehmen bzw. von dem Wunsch abgebracht hat, aktive Sterbehilfe einzufordern. Mehr noch: Viele von ihnen haben wieder neuen Lebensmut gefasst und so ihren letzten Lebensabschnitt würdevoll gestaltet.

Schon der Suizidwunsch selbst ist ja zunächst einmal kritisch zu reflektieren – und zwar gleichermaßen medizinisch und psychologisch wie weltanschaulich. Und es ist einigermäßen bestürzend, dass dies in der gegenwärtigen Debatte zwar durchaus des Öfteren von theologischer und medizinischer, aber eben nur unzureichend von politischer Seite argumentativ ins Feld geführt wird. Denn bei genauer Betrachtung und in der absolut überwiegenden Zahl der Fälle ist der Wunsch nach Selbsttötung ja vor allem die Angst vor schwerstem Leiden und unerträglichem Siechtum bzw. der allerletzte verzweifelte Schrei tief empfundener Ausweglosigkeit – ganz oft eben auch in Folge schwerster Depression und Erkrankung. Der Suizidale bzw. Schwerstdepressive empfindet

Nicht bedacht wird, dass die betroffenen Schwerstkranken selbst ihre bedrängende Situation in vielfältigster Weise als wechselvoll empfinden, hin- und hergerissen sind zwischen Hoffnung und Verzweiflung und z.T. heftigen Stimmungsschwanken unterliegen.

sich – eben nicht aus freien Stücken, sondern gewissermaßen krankheitsbedingt – mit allem auf sich selbst zurückgeworfen, völlig isoliert, gerade auch in der Unfähigkeit noch irgendeinen Sinn in seinem Leben erkennen zu können und ohne die Hoffnung auf genau diese Hilfe, Linderung und Beistand. Er ist deshalb zu allererst auf Hilfe von außen angewiesen, auf therapeutische Maßnahmen also, auf professionelle Schmerzlinderung und menschlich-fürsorglichen Beistand und Nähe. Die Selbsttötung sollte darum in Debatten nicht länger als selbstbestimmter „Frei-Tod“ heroisiert oder als Freiheitsakt romantisiert werden, sondern als eine in der Mehrzahl der Fälle eben vor allem als krankheitsbedingte Tragödie. Es wäre also geradezu absurd und von Grund auf falsch, wenn wir als Antwort, statt auf die tatsächlichen Nöte und Bedürfnisse der Schwerstdepressiven, Schwerstleidenden und Sterbenskranken angemessen zu reagieren, am Ende einfach nur einen Gift-Cocktail hinstellen und sie damit erst recht, und zwar endgültig, alleine lassen würden.

Verantwortliche Sterbebegleitung statt organisierte Sterbehilfe

Wenn wir gegenwärtig vor allem über Begriffe wie Sterbehilfe, Selbsttötung oder Beihilfe zum Suizid debattieren, so muss gesehen werden, dass sich hierin eine gefährliche und bedenkliche Verengung derjenigen Herausforderungen offenbart, vor denen wir ethisch und politisch eigentlich stehen. Im Zentrum unserer Bemühungen steht stattdessen immer die Sorge um die Lebensqualität des schwerstleidenden Mensch, der in aller Regel überhaupt nicht selbst seinem Leben ein Ende setzen, sondern vielmehr sein Leiden und seine letzte Lebensstrecke auf ein erträgliches Maß gelindert wissen will. Daher müssen wir unser ganzes politisches Bemühen auch genau auf dieses Ziel konzentrieren: Leiden und Schmerzen nach Menschenmöglichkeit zu mindern, beste Pflege, Fürsorge und persönliche Betreuung zu leisten und beste palliativmedizinische und hospizliche Versorgung für alle Betroffenen sicher zu stellen.

Aufgabe eines verantwortlichen Gesetzgebers kann es nur sein, die bestmögliche Hilfe beim Sterben zu gewährleisten und nicht die Hilfe zum Sterben zu organisieren. Selbstverständlich wissen wir um die bereits erwähnten Grenzerfahrungen des menschlichen Lebens, um Situationen schwersten persönlichen Leidens

und um schwierig aufzulösende Gewissenskonflikte von Betroffenen und Angehörigen. Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU wissen wir, dass zu jedem ethischen Handeln auch die Übernahme von Schuld gehört und dass – wie es Landesbischof Prof. Dr. Martin Hein (Kurhessen-Waldeck) kürzlich sehr treffend ausgedrückt hat – zur spezifisch evangelischen Ethik eben gehört, dass sie „keine ‚eins zu eins‘ in Recht umsetzbaren moralischen Maximen“ bereitstellt, „sondern (...) einen Diskurs der Entscheidungsfindung gerade dort“ herausfordert, „wo wir auf Dilemmata stoßen“.

Grenzsituationen

Es gibt Grenzfälle, in denen – auch wenn man dies grundsätzlich nicht bejahen kann – Beihilfe zum Suizid geleistet und dann aber auch persönlich verantwortet wird. Aber für diese Grenzfälle kann und wird es niemals eine angemessene Lösung geben können. Und existentielle Grenzfälle können auch nicht Bestandteil einer engmaschigen Gesetzgebung sein. Die gesetzliche Ermöglichung der organisierten Form der Beihilfe zum Suizid hätte weitreichende und fatale Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Was bei der Frage über Leben und Tod im äußersten Fall als Ausnahme einer höchstpersönlich verantworteten Entscheidung nach einem intensiven Abwägungsprozess denkbar ist und im Einzelfall Realität werden

kann, darf unter keinen Umständen zur Norm werden und damit zur geregelten Normalität.

Deshalb ist es an der Zeit, nicht nur jede Form der gewerblich-kommerziellen und organisiert-geschäftsmäßigen Sterbehilfe in Deutschland zu verbieten, sondern auch die ihnen zugrunde liegende „Geschäftsidee“, nämlich das unverantwortliche Umgehen mit den Sterbewünschen von Verzweifelten und Lebensmüden, ein für alle Mal als falsch und irrig zu entlarven.

Menschenwürde und christliches Menschenbild

Jede Ethik, jedes Nachdenken also darüber, was der Mensch tun oder lassen soll, spiegelt immer auch das dieser Ethik zugrunde liegende

Menschenbild wider: Wie wir miteinander und mit uns selbst umgehen wollen, hat seinen Grund und Ausgangspunkt zualler-

erst darin, wie wir uns und die anderen Menschen sehen bzw. sehen wollen. Beim christlichen Menschenbild, dem wir uns als CDU und CSU verpflichtet sind, steht der leidende Mensch in seiner unantastbaren Würde im Mittelpunkt. Der gekreuzigte Christus ist schließlich das universale Bild dafür, dass Gott auch im tiefsten Leiden und in größter Verzweiflung bei uns Menschen ist und uns gerade dort nicht alleine lassen will. Deshalb gehören im christlichen Menschenbild Autonomie und Solidarität, Freiheit und Verantwortung, Selbst- und Nächstenliebe untrennbar zusammen. Selbstsorge und Fürsorge sind hier untrennbar miteinander verbunden, weil der Mensch aus christlicher Sicht ein Individual- und Sozialwesen und eben nicht ein bloß vereinzelt, einsames Subjekt ist. Der Kranke, Schwache, Leidende und Sterbende steht mit seinem Schicksal nicht allein da, sondern darf auf die Unterstützung der Gemeinschaft bauen und hoffen. Und gerade diese, „notwendige“ Unterstützung – im Sinne von „die wirkliche Notwendige“ – dürfen wir ihm deshalb nicht versagen. Das ist die eigentlich zu bewältigende Herausforderung bei der aktuellen Debatte um die sogenannte Sterbehilfe, die wir deshalb auch so schnell wie möglich zu einer Debatte über eine verantwortliche Sterbebegleitung machen müssen.

Erfordernisse und politische Herausforderungen

Der Tod gehört zum Leben und wir sind aufgefordert, ihn als integralen Bestandteil unserer Existenz zu begreifen. Wir

müssen aufhören, den Tod zu verdrängen und zu tabuisieren und ihn stattdessen in das Leben integrieren. Und genauso wie wir Menschen in anderen Extremsituationen beistehen und ihnen helfen, genauso müssen wir auch dem sterbenden Menschen genau die Hilfe zukommen lassen, die er benötigt, damit sein Leid bestmöglich gelindert wird. Es muss im erst noch weiter miteinander zu vernetzenden Bereich von Pflege, Palliativmedizin und Hospizausbau zweifelsohne noch sehr viel getan werden. Gut gemeinte Sonntagsreden helfen an dieser Stelle nicht länger weiter, sondern dem als richtig erkannten Weg müssen nun klare Taten folgen.

In dieser Legislaturperiode sind beachtliche Schritte für eine verbesserte Pflege von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe auf den Weg gebracht worden. Zu nennen

wären hier beispielsweise die Stabilisierung der häuslichen Pflege durch die Flexibilisierung von Leistungen wie Kurzzeit-

und Verhinderungspflege und Tages- und Nachtpflege, der Ausbau bestehender Betreuungsleistungen in der ambulanten Pflege (wichtig z.B. für Demenzkranke) oder die Erhöhung des Betreuungsverhältnisses in stationären Einrichtungen und die Ausdehnung auf alle Pflegebedürftigen. Weitere Reformmaßnahmen müssen hier selbstverständlich folgen, um die Situation der stationären, ambulanten und häuslichen Pflege weiter zu verbessern und somit eine menschenwürdige Pflege auch in Zukunft zu gewährleisten.

Zu den großen politischen Herausforderungen gehören aber ohne jeden Zweifel in erster Linie die noch dramatisch zu verbessernde Palliativversorgung und ein massiver Ausbau des Hospizwesens – beides letztlich mit flächendeckender Zielperspektive. Die Hospiz- und Palliativversorgung weist in Deutschland leider immer noch erhebliche Defizite auf. In manchen Regionen ist ihr Zustand sogar desolat. Um dem großen Nachholbedarf in der Entwicklung solcher Strukturen gerecht zu werden und um der Forderung nach lebensbegrenzenden und lebensbeendenden Maßnahmen ein Gegengewicht entgegen zu halten, ist die diesbezügliche Förderung im ambulanten wie stationären Bereich eine vordringliche medizinische, gesellschaftliche und politische Großaufgabe. Gerade auch vor dem Hintergrund des vermehrten Wunsches nach häuslicher Palliativversorgung sollte in diesem Zusammenhang schließlich auch dringend über behutsame Reformen und sinnvolle Lockerungen im Hinblick auf die Arzneimittel- bzw. Betäubungsmittelgesetzgebung nachgedacht werden.

EAK auf facebook



Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),
Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive
 Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2015
 ISBN 978-3-579-05978-5
 Paperback, 79 Seiten, 4,99 EUR



Andreas Bernard,
Kinder machen Samenspender, Leihmütter, Künstliche Befruchtung
 Fischer, Frankfurt/M. 2014
 ISBN 978-3-10-007112-5
 Gebunden, 543 Seiten, 24,99 EUR

„Ist ein echter, positiver Pluralismus der Religionen möglich, der keine Relativierung des eigenen Glaubens an den dreieinigen Gott voraussetzt?“ – Dieser neue Grundlagentext des Rates der EKD, der sich auch als Fortschreibung der Theologischen Leitlinien von 2003 unter dem Titel „Christlicher Glaube und nicht-christliche Religionen“ (EKD Text Nr. 77) versteht, hat das Ziel in einem positiven Sinne die Vielfalt der Religionen im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat aus evangelischer Perspektive zu würdigen, ohne dabei die Unterschiede, Grenzen und Probleme zu verschweigen oder gar in Beliebigkeit abzugleiten. Und man wird sagen dürfen, dass es dieser Schrift, die am Ende auch so etwas wie eine Skizze der Aufgaben einer „Theologie der Religionen“ enthält, recht gut gelungen ist, hierfür nicht nur die entscheidenden Begriffe zu klären, sondern dies auch ganz praktisch und beispielhaft an wichtigen Handlungsfeldern und Herausforderungen des interreligiösen Dialoges deutlich zu machen.

Empfehlung ****

Immer größer wird der Einfluss der modernen Reproduktionsmedizin für die Zeugung von Kindern und die Geburtenplanung. Andreas Bernard ist hier eine spannende Synthese aus journalistischer Reportage und Wissenschaftsgeschichte gelungen. Neben den Fragekomplexen rund um „Samenspende“, „Eizellspende“, „Leihmutterchaft“ und „künstliche Befruchtung“ wird vor allem auch der tiefgreifende Wandel für die Ordnung bzw. die Vorstellungen von Familie im Laufe der Geschichte deutlich. Er zeigt u.a.: „Die entscheidenden Durchbrüche in der Geschichte der Reproduktionsmedizin fallen genau in jenes Jahrzehnt, in dem das traditionelle Konzept der Familie infolge der Umbrüche von 1968 in seine tiefste Krise geraten ist.“ Sie eröffnet „einem Personenkreis Zugang zu diesem Lebensmodell, der zuvor aus gesundheitlichen oder biologischen Gründen ausgeschlossen war und ihm daher umso emphatischer begegnet.“

Empfehlung *****

| Aus unserer Arbeit

Die 50. EAK- Bundestagung zum Thema „Menschenwürde am Ende des Lebens“



Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB gratuliert PSt Thomas Rachel MdB zu seiner Wiederwahl zum EAK-Bundesvorsitzenden



Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe MdB

Auf der **50. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)** ist der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), **Thomas Rachel MdB**, zum siebenten Mal und mit überragender Mehrheit zum

Bundesvorsitzenden des EAK wiedergewählt worden: 98,55 Prozent der Delegierten aller EAK-Landesverbände stimmten für ihn und bestätigten ihn damit im Amt. In seiner Rede vor den rund 500 Besuchern betonte er in Bezug auf das Tagungsthema **„Menschenwürde am Ende des Lebens“**,

dass es jetzt vor allem ein vordringliches politisches Ziel geben müsse, nämlich Leiden und Schmerzen nach Menschenmöglichkeit zu mindern, beste Pflege, Fürsorge und persönliche Betreuung zu leisten und beste palliativmedizinische und hospizliche Versorgung für alle Betroffenen sicher

zu stellen. Er erinnerte des Weiteren an die Geburtsstunde der CDU vor 70 Jahren und die glückliche Wiedervereinigung Deutschlands vor 25 Jahren, skizzierte aber auch die äußerst schwierigen politischen Herausforderungen der unmittelbaren Gegenwart. So forderte er u.a. einen verantwortlichen und besonnenen Umgang mit dem Thema „Islam“ in Deutschland und geißelte den Islamismus und die durch den islamischen Terrorismus verübte Gewalt überall auf der Welt: „Wir sollten uns diesen Herausforderungen aber nicht kleinmütig, sondern im klaren Bewusstsein der geistigen Stärke unseres freien, demokratischen und auf unverrückbaren Grundwerten basierenden Staats- und Gesellschaftsmodells stellen. Das ist eine Überlegenheit gegenüber allem Terror, aller Unfreiheit und Unterdrückung und allem Totalitarismus. (...) Welche Prägung unser Land darüber hinaus in Zukunft haben wird, liegt in erster Linie an uns selbst. Wir sind ein christlich geprägtes Land und wollen dies auch in Zukunft bleiben.“ Rachel kritisierte das jüngste **Kopftuch-Urteil** des Bundesverfassungsgerichtes, verurteilte jede Form des **Antijudaismus und Antisemitismus in Deutschland** und betonte ferner, dass der EAK in der grundgesetzlich geschützten **Ehe zwischen Mann und Frau** auch



Thomas Rachel mit (v.l.n.r.) Melanie Liebscher, Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht MdL und Elisabeth Motschmann MdB, die ebenfalls wieder in den EAK-Bundesvorstand gewählt wurden.

in Zukunft die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie sehe.

Die CDU-Parteivorsitzende, **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, dankte Thomas Rachel für die gute Zusammenarbeit und gratulierte ihm zu dem beeindruckenden Wahlergebnis. In ihrer Rede würdigte sie die Bedeutsamkeit der programmatischen Arbeit des EAK, dem sie von 1992 bis 1993 selbst als Bundesvorsitzende vorstand, und bezeichnete den **EAK als „Denkfabrik“ der Union**: „Es zeichnet Sie aus, dass Sie bei aller Vielfalt der Themen, sich immer Zeit nehmen, ein Thema auch wirklich in der Tiefe zu bearbeiten.

Manchmal vermisse ich heute eine solche Tiefgründigkeit.“ Die Parteivorsitzende ermutigte dazu – gerade auch vor dem Hintergrund der Debatten um den **Islam in Deutschland** –, als Christen in der Gesellschaft klar erkennbar zu bleiben: „Es ist weder verboten Weihnachtslieder zu singen, noch über christliche Festtage zu sprechen, noch ab und zu mal ein Stück aus der Bibel zu zitieren. (...) Es ist für mich ganz wichtig, dass wir nicht diejenigen sind, die, weil wir selber nicht selbstbewusst genug sind, über unseren Glauben zu sprechen, zum Schluss andere dafür bezichtigen, dass sie über ihren Glauben sprechen.“

Die thematische Hauptrede hielt **Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe MdB**. Beim Theologischen Abendgespräch waren unter den prominenten Gästen auch einige Mitglieder der **Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD** sowie deren Vorsitzender, **Prof. Dr. Professor Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier**, anwesend. Hier diskutierten – moderiert von der neu gewählten stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden **Sabine Kurtz MdL** – **Prof. Dr. Peter Dabrock** (Erlangen), **Oberkirchenrat Joachim Ochel** (EKD) und der Palliativmediziner **Dr. Thomas Sitte** intensiv über „Klinische Sterbebegleitung aus evangelischer Perspektive“.

Als weitere Stellvertreter wurden in den EAK-Bundesvorstand die ehemalige thüringische Ministerpräsidentin **Christine Lieberknecht MdL**, Bundeslandwirtschaftsminister **Christian Schmidt MdB** (CSU), der hessische Landtagspräsident **Norbert Kartmann MdL**, und **Dieter Hackler** gewählt sowie als Beisitzer: **Henning Aretz**, **Hans Beck**, **Hans-Michael Bender**, **Dr. Michael Franz**, **Pastor Dirk Heuer**, **Renate Holznagel**, **Hans-Jürgen Hopf**, **Melanie Liebscher**, **Prof. Dr. Wolfgang Merbach** (nicht abgebildet), **Sybille Möller-Fiedler**, **Elke Middendorf**, **Elisabeth Motschmann MdB**, **Friedemann Schwarzmeier**, **Johannes Selle MdB**, **Herlich-Marie Todsens-Reese** (nicht abgebildet) und **Tobias Utter MdL**.



Gruppenphoto des neuen EAK-Bundesvorstandes (v.l.n.r.): Hinten: Hans-Jürgen Hopf, Johannes Selle MdB, Dieter Hackler, Dr. Michael Franz, Tobias Utter MdL; Mitte: Hans Beck, Friedemann Schwarzmeier, Sybille Möller-Fiedler, Henning Aretz, Hans-Michael Bender; Vorne: Norbert Kartmann MdL, Sabine Kurtz MdL, BM Christian Schmidt MdB, Elke Middendorf, PSt Thomas Rachel MdB (Bundesvorsitzender), Renate Holznagel, Pastor Dirk Heuer, Pastor Christian Meißner (EAK-Bundesgeschäftsführer)



Theologisches Abendgespräch mit (v.l.n.r.) OKR Joachim Ochel, Prof. Dr. Peter Dabrock, Sabine Kurtz MdL (Moderatorin) und Dr. Thomas Sitte

Der EAK auf dem 35. Evangelischen Kirchentag in Stuttgart

Auch in diesem Jahr setzte der EAK die Tradition seiner Großen Kirchentagsempfänge fort und begrüßte, gleich zu Beginn des „Abends der Begegnung“ nach den Eröffnungsgottesdiensten, über 550 Gäste aus Kirche und Politik in der Stuttgarter Staatsgalerie. Als Ehrengäste und Grußwortredner waren der Präsident des 35. Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT), **Prof. Dr. Andreas Barner**, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der bayerische Landesbischof **Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm**, der gastgebende Bischof der württembergischen Landeskirche, **Dr. h.c. Frank Otfried July**, und der Bundesminister der Finanzen, **Dr. Wolfgang Schäuble MdB**, der Einladung des EAK gefolgt. Letzterer betonte in Bezug auf das Kirchentagsmotto („damit wir klug werden“, Ps. 90,12): „Wo immer ein Mensch nicht weiß, dass er höchstens der Zweite ist, ist bald der Teufel los.“ Es gelte gerade auch in der Politik zu erkennen, dass der Mensch nur für die „vorletzten Dinge“ zuständig und verantwortlich sei, aber keineswegs allmächtig. Im Grußwort von Prof. Dr. Barner gab es dann ein Novum: Der Kirchentagspräsident zitierte zur Veranschaulichung der christlichen Verantwortung u.a. direkt aus dem CDU-Grundsatzprogramm. Der EAK-Bundesvorsitzende, **Thomas Rachel MdB**, würdigte noch einmal den gebürtigen Stuttgarter, **Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker**, der zweimal in der Geschichte des DEKT dessen Präsident war, und zwar von 1964–1970



Der EKD-Ratsvorsitzende: Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

und von 1979–1981. Weitere prominente Gäste beim EAK, auch auf dem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“, waren u.a. Bundesinnenminister **Dr. Thomas de Maizière MdB**, Bundeslandwirtschaftsminister **Christian Schmidt MdB**, Bundesgesundheitsminister **Hermann Gröhe MdB**, CDU-Generalsekretär **Dr. Peter Tauber MdB** und der kirchenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Dr. Franz Josef Jung MdB**.

Auch „cdutv“ war zugegen: Den Kurzfilm über den EAK-Empfang kann man abrufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=XsLtqI3uP7Y> und das Kirchentags-Interview mit Dr. Wolfgang Schäuble unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ebd5JqBaYgo>.



Der Bundesminister der Finanzen: Dr. Wolfgang Schäuble MdB



Der Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU, Thomas Rachel MdB, und der Kirchentagspräsident Prof. Dr. Dr. Andreas Barner



v.l.n.r.: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt MdB, Dr. Franz Josef Jung MdB, Christian Meißner, Renate Holznagel



*Euer Ja sei ein Ja, euer Nein ein Nein;
alles andere stammt vom Bösen. (Mt 5, 37)*

Wo ist die Grenze, wo aus lauter Herumlavieren und diplomatischer Selbstverrenkung die Lüge und Unaufrichtigkeit beginnt? Das dürfte – entgegen einem weit verbreiteten und unausrottbaren Klischee – eine sicherlich nicht nur für den Bereich der Politik entscheidende Frage sein. Gewiss, Jesus hat hier eigentlich die besondere Situation des Eides, des Schwures, vor Augen, die ja eine Bekenntnissituation par excellence darstellt.

Aber wie sieht es denn mit unseren alltäglichen Bekenntnissituationen aus, bei denen wir herausgefordert sind, als Christenmenschen Farbe zu bekennen? Sind die etwa weniger wichtig oder irrelevant? Davon kann keine Rede sein. Dann jedenfalls nicht, wenn es stimmt, dass das Evangelium Jesu Christi Anspruch auf unser ganzes Leben erhebt. Dieser selbstkritischen Rückfrage können und dürfen wir uns in unserem Leben also keineswegs entziehen.

Auf der anderen Seite kennt unser Herr aber auch unsere ganze Abgründigkeit, Kleinmütigkeit und Bequemlichkeit. Auch einem Petrus ist es schließlich nicht anders ergangen! Deshalb muss jeder selbst immer wieder eine Antwort auf die schwierige Frage finden, wann die rote Linie in seinem Leben womöglich überschritten ist oder irgendwann droht, überschritten zu werden. Zwei Extreme gilt es hierbei in jedem Fall zu vermeiden, nämlich aus unseren Herzen dauerhaft eine Mördergrube zu machen sowie unseren Nächsten mit besserwisserischem Bekenntnispathos ständig auf die Nerven zu gehen.

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU